SAZ DIE LINKE. STADTVERBAND SUHL
Suhler Andere Zeitung
Monatsumschau für Links- und Querdenker
24. Jahrgang / Nr. 12
Dezember 2015
Preis: eine Spende
Nummer: 283
Suhl – Stadt des Friedens seit 1991

Vom Landesparteitag der LINKEN in Thüringen:

„DIE LINKE besteht in Thüringen den Praxistest“

Auf dem 5. Parteitag der LINKEN in Gotha wurde ein neuer Landesvorstand gewählt: Landesvorsitzende wurde Susanne Hennig-Welzow (1. Reihe Mitte). Ihre Stellvertreter sind Steffen Dittes und Bernd Fundheller. Erstmals wurde Philipp Weltzien (Stadtverband Suhl und Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Suhler Stadtrat) zum Mitglied des Landesvorstandes gewählt (2. Reihe, 1. von rechts).

Etwa ein Jahr nach der ersten Landesregierung unter einem Ministerpräsidenten der Partei DIE LINKE in der Bundesrepublik Deutschland hat die rot-rot-grüne Koalition nach den Worten der Parteivorsitzenden Katja Kipping ihren Praxistest erfolgreich bestanden. Dabei hob sie u.a. die Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus, die Einstellung von 500 neuen LehrerInnen und einer Vertretungsreserve sowie die Abschaltung von V-Leuten aus dem Verfassungsschutz hervor. Sie wandte sich ausdrücklich gegen eine wenig charmante Spaltung der Partei in „Pragmatiker“ und „Ideologen“. Die Stärke der Linken bestehe gerade in der Einheit beider Seiten. Als gut und überzeugend wurde auch das Bilanzreferat von Ministerpräsident Bodo Ramelow eingeschätzt. Mit Freude konnten die Suhler Delegierten feststellen, dass es gelungen war, den Suhler Philipp Weltzien als einzigen Vertreter Südthüringens in den Landesvorstand zu wählen.

Der Parteitag diskutierte intensiv über den Leitantrag und zahlreiche weitere Anträge. Der maßgeblich vom Vorsitzenden des Mietervereins Suhl und Umgebung, Georg Seidler, eingebrachte Antrag zur Einführung einer Mietbremse in ganz Thüringen wurde vom Parteitag leider nicht bestätigt. In Thüringen bleibt die Mietbremse zunächst auf die Städte Erfurt und Jena beschränkt. In der Debatte zur Trennung von Amt und Mandat setzte die Mehrheit des Parteitages bereits am Samstagabend auf Ablehnung und folglich hatte der Mitbewerber für den Landesvorsitz Frank Lange in der Wahl am Sonntag nur geringe Chancen.

Die wiedergewählte Landesvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow hob in ihren Schlussbemerkungen hervor, dass sie ihre Arbeit als Fraktionsvorsitzende eben als Landesvorsitzende wahrnehme. Gleichzeitig betonte sie, dass sich der Landesvorstand in den nächsten beiden Jahren wieder stärker dem Dialog mit der Parteibasis und der Gewinnung neuer Mitglieder zuwenden müsse.

– KaWa –

Flüchtlinge und Kapitalismus

Auf einer Suhler Lokalseite von „Freies Wort“ wurde der Suhler Stadtverband der Partei DIE LINKE kritisiert, weil er bei der Aufzählung konkreter Fluchtursachen unserer Zeit wie Krieg, Elend, Terror und Armut darauf hingewiesen hat, dass diese letztlich im Kapitalismus wurzeln. Bei Olaf Amm habe das zu verblüfftem Augenreiben geführt, weil doch die Flüchtlinge ausgerechnet die kapitalistische Bundesrepublik („dieses kleine reiche Land“) als Fluchtziel ausgemacht haben. Verblüffung ist allerdings fehl am Platz, denn es kann niemand bestreiten, dass die sogenannten reichen kapitalistischen Länder eine äußerst aggressive Exportpolitik zum Nachteil ärmerer Länder dieser Welt betreiben und damit dort Not und Elend erzeugen. Das kapitalistische Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur dieser Welt. Auch mit deutschen Waffen wird in den arabischen Golfstaaten Krieg geführt. Internationale Rüstungskonzerne verdienen am Abwurf von Bomben und Raketen und erzeugen damit Fluchtbewegungen. Die Küstengewässer Afrikas werden z.B. von Schiffen der EU und Japans buchstäblich leergefischt und afrikanische Fischer werden arbeitslos. Die EU subventioniert den Lebensmittelexport so massiv, dass kein afrikanischer Bauer die Angebote europäischer Supermärkte unterbieten kann. Ernsthafte Bekämpfung von Fluchtursachen erfordert folglich von den „reichen kapitalistischen Ländern“ vor ihrer eigenen Tür zu kehren, bevor sie über das Abriegeln der eigenen Länder nachdenken. Und noch eines: Die Bezeichnung „kleines reiches Land“ für die Bundesrepublik täuscht Bescheidenheit vor, verheimlicht aber den erschreckenden Unterschied zwischen Arm und Reich in diesem Land und dessen Ursachen. – KAWA –

Am Montag, dem 16. November dieses Jahres, versammelten sich Suhlerinnen und Suhler 12.00 Uhr mittags zu einer Schweigeminute auf dem Marktplatz vor dem Rathaus. Sie gedachten damit der Opfer des Terrors jener Mörder des Islamischen Staates, die in der französischen Hauptstadt Paris ein beispielloses Blutbad mit 130 Toten und mehr als 300 Verletzten angezettelt hatten. (Foto: KhW)

Am 09. November trafen sich wie in jedem Jahr Suhlerinnen und Suhler an der Stele in der Straße der Opfer des Faschismus, um der Pogromnacht von 1938 zu gedenken. Sie wurden von Jalda Rebling, Anna Adam und Franka Lampe begleitet. Anliegen des Gedenkens und der Rahmenveranstaltungen davor und danach war nicht nur die Vergangenheit, sondern das Leben in der Gegenwart, die Mitmenschlichkeit und die Solidarität in einer Zeit der anhaltenden Flüchtlingsströme. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer legten , der jüdischen Tradition folgend , Steine an der Stele für die ehemalige Suhler Synagoge nieder, Bürgermeister Klaus Lamprecht ein weißes Blumengebinde. (Foto: KhW)

Reden, Reden, Reden...

Ziemlich blauäugig waren sowjetische Truppen seinerzeit in Afghanistan eingerückt, um dem gewählten Präsidenten zu helfen. Mit vielen „blauen Flecken“ mussten sie dann eines Tages wieder abziehen, ohne etwas Nennenswertes ausgerichtet zu haben. Dennoch wähnten sich später die USA im Recht, dort einzumarschieren, um sich den strategischen Einfluss in dieser Krisenregion am Hindukusch zu sichern. Als auch sie sich dann samt ihren deutschen und anderen Verbündeten aus der Affäre zogen, hinterließen sie ein größeres Chaos als zuvor.

Der Präsident des Landes hat offenbar keine Macht, Polizei und Armee jammern einen Hund. Aber Berlin schickt jetzt nochmal neue Soldaten auf den Kriegsschauplatz. So bleibt – siehe Frankreich in diesen Tagen - vor allem die eine große Frage: Wann wollen solche großen internationalen Organisationen wie UNO, EU oder auch andere endlich damit beginnen, das wahr zu machen, wofür sie angetreten waren – Frieden, wirtschaftliche Zusammenarbeit und auf allen Gebieten gemeinsames Handeln für diese Welt. Politisch, diplomatisch und wenn nötig auch militärisch müssen die Kriegsfeuer auf den Kontinenten gelöscht und die extremistischen Kräfte an den Lunten unschädlich gemacht werden. Dann könnte auch solchen fürchterlichen Kriegen und Bürgerkriegen wie in Afghanistan oder Syrien der Garaus gemacht werden.

Nützlich ist da immer wieder, sich an Fontane zu erinnern, der 1832 in einem Trauerspiel schrieb: „Mit Dreizehntausend der Zug begann. Einer nur kam heim aus Afghanistan!“

– OLD LONG –

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag, **Preis:** eine Spende
Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl
Tel./Fax: 03681/308158; www.die-linke-suhl.de
e-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
IBAN DE59 8405 0000 1705 0071 51;
BIC HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Dr. K. Walther, Würzburger Straße 48 • 98529 Suhl
Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer Januar-Ausgabe 2016 ist am 22.12.2016.

Die SAZ nach dem Lesen bitte weitergeben!

LIVE AUS DEM LANDTAG

Aus der Arbeit unserer Landtagsabgeordneten
Ina Leukefeld

Leukefeld begrüßt das Programm für öffentlich geförderte Beschäftigung in Thüringen

Angesichts der aktuellen Arbeitsmarktdaten schätzt Ina Leukefeld, Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag für Arbeitspolitik, den Arbeitsmarkt im Freistaat als relativ stabil ein. Die Anzahl der Arbeitslosen sinke bis auf wenige Bevölkerungsgruppen. „Wir sollten dennoch nicht vergessen, dass in Thüringen über 26.000 Menschen im Rechtskreis SGB III und fast 57.000 im SGB II von Arbeitslosigkeit betroffen sind“, betont die Abgeordnete. Auch wenn der Anteil Langzeitarbeitsloser leicht gesunken sei, betreffe das aber immer noch fast 30.000 Menschen.

Leukefeld erwartet größere Anstrengungen von der Wirtschaft, deren Arbeitskräftepotenzial aus arbeitssuchenden Menschen zu sichern. Das seien derzeit in Thüringen über 146.000 Menschen. „Im Durchschnitt kommen auf eine freie Stelle vier Arbeitslose“, so Leukefeld.

Die Anzahl der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sei derzeit rückläufig. Verantwortlich dafür seien das vollständige Auslaufen der Bürgerarbeit sowie der stockende Neubeginn der Bundesprogramme zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen und zur sozialen Teilhabe. Besonders positiv bewertet die Arbeitsmarktexpertin der Linksfraktion das ab Oktober gestartete neue Programm für öffentlich geförderte Beschäftigung im gemeinwohlorientierten Bereich.

In den nächsten Tagen rechnet Leukefeld auch mit der notwendigen Bestätigung der neuen Richtlinie zur Fortsetzung des Landesarbeitsmarktprogramms sowie der neuen Richtlinie zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und für Gemeinwohlarbeit durch das Thüringer Finanzministerium. „Mit dem Landeshaushalt für 2015 wurden dafür zwei Millionen Euro bereitgestellt, die es in diesem Jahr noch für entsprechende Arbeitsplätze einzusetzen gilt“, betont die Abgeordnete. „Das sind Investitionen in Menschen, die sowohl den Betroffenen als auch den Kommunen zu Gute kommen“, so Leukefeld abschließend. Die kreisfreien Städte und Landkreise, die Jobcenter sowie die Träger von Maßnahmen bittet Ina Leukefeld, schon jetzt dafür zu sorgen, „dass schnell die Arbeit losgeht, sobald die Richtlinien in Kraft treten“.

Der **Jahresempfang der Suhler LINKEN** wird zu Beginn des nächsten Jahres, am 08. Januar , um 18.00 Uhr stattfinden. Gast des Empfangs ist Gabi Zimmer, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Europäischen Parlament. Einladung folgt.

– I. Burandt,
Vorsitzende des
Suhler Stadtverbandes –

Auf dem roten Sofa:
Adelino Massuvira Joao und sein Sohn Marvin

Seit 1991 arbeitet er beim Evangelischen Kirchenkreis Henneberger Land, hat erfolgreich Psychologie, Soziologie und Theologie an der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit in Dresden studiert und seinen Abschluss als Sozialarbeiter und Diakon gemacht.

Sohn Marvin wurde 1998 in Suhl geboren, hat gerade die 10. Klasse abgeschlossen und eine Ausbildung als Kinderpfleger begonnen. Sein großes Hobby ist die Musik, er ist Leadgitarrist und Sänger bei ANONYMUS, einer erfolgreichen Gruppe aus Suhl.

Die beiden musizieren gerne zusammen und Marvin ist sichtlich stolz auf seinen Vater, der sich in seinem Leben vielfach durchsetzen mußte. Und er weiß schon etliches von dem Land, wo seine Eltern hergekommen sind, war auch mehrfach dort bei der Familie. Seine Freunde dort nennen ihn Koko, „außen braun und innen weiß“, wie er schmunzelnd erzählte.

Es war ein überaus interessanter Abend, heiter, aber auch sehr nachdenklich, wenn es um die aktuelle Flüchtlingspolitik ging, sowie beschwingt, wenn Vater und Sohn gemeinsam musizierten.

Und die Zuhörer, die mit einem warmen Herzen abends dann nach Hause gingen, freuen sich heute schon auf die Fortsetzung von Inas Reihe „Geschichte und Geschichten“ auf dem roten Sofa mit sicherlich wieder sehr interessanten Gästen.

Dankeschön, Ina, Adelino und Marvin!

– Ilona Burandt –

Ina Leukefeld zur Funktional- und Gebietsreform:
Suhl darf keine Spielmasse werden

„ Zur Funktional- und Gebietsreform stehen wir am Anfang eines Diskussionsprozesses. Aber bereits jetzt müssen Nägel mit Köpfen gemacht werden, um zu einer Reduzierung des Verwaltungsaufwandes, zu weniger Bürokratie und somit zu mehr Effizienz zu kommen. Letztlich geht es um die Schaffung leistungsfähiger Kommunalstrukturen im Interesse der Bürgerinnen und Bürgern“, sagt Ina Leukefeld, MdL in ihrem Wahlkreis Suhl, Zella-Mehlis und Oberhof.

Mit der Kabinettsvorlage zum Leitbild Gebietsreform ist der Startschuss gegeben, in der Sache endlich weiterzukommen. Die CDU hatte in der vergangenen Wahlperiode trotz klarer Ansage im Koalitionsvertrag immer geblockt.

Ina Leukefeld betont, dass die Stärkung der kommunalen Ebene, also dort wo die Bürger leben und kurze Wege haben, besonders wichtig und sinnvoll ist. Bezogen auf die Region Südthüringen mit den Landkreisen Schmalkalden/Meiningen, Sonneberg und Hildburghausen muss angesichts der Orientierung auf eine Größenordnung der Landkreise von mindestens 130.000 Einwohnern gut überlegt werden, wie ein Neuzuschnitt unter Beachtung der Perspektive der Stadt Suhl erfolgt. Dabei sollte man allerdings nicht nur rein rechnerisch vorgehen, wie in einem Kommentar in FREIES WORT suggeriert wurde.

„Entscheidendes Kriterium für mich ist, die Zentrumsfunktion von Suhl und Zella-Mehlis als Mittelzentrum mit Teilfunktion Oberzentrum zu stärken und keinesfalls zu schwächen.“ Das ist wichtig mit Blick auf die gesamte Region, aber auch auf die Nachbarregionen. Suhl, Zella-Mehlis und Oberhof dürfen nicht durch eine Kreisgrenze voneinander getrennt werden, wenn Suhl den Status einer kreisfreien Stadt verliert. Mit dem Blick auf Befürchtungen eines Zusammenschlusses der Städte sagt Frau Leukefeld: „Das kann man sich wünschen, aber es ist derzeit nicht real. Die Verwaltungsspitzen, die Stadträte und auch die Bürger wollen das nicht und eine Rot-rot-grüne Landesregierung wird den Teufel tun, das von oben anzuordnen und überzustülpen.“ Wichtiger sei deshalb die tatsächliche Frage, wohin sich die Stadt Suhl orientiert.

„Ich persönlich favorisiere eine Eingliederung von Suhl in den Landkreis Schmalkalden /Meiningen, der ist leistungsstark und infrastrukturell sowie durch viele gemeinsame Aufgaben mit dem Zentrum der Region eng verbunden.“ Deshalb dürfe auch der Landkreis nicht zerstückelt werden. Gleichzeitig warnte sie davor, Suhl als Spielmasse zu benutzen.

Linksfraktion im Stadtrat fordert Nachverhandlung zur Beteiligung Suhls am Rennsteigticket

Die Fraktion DIE LINKE im Suhler Stadtrat hatte sich zur Fraktionssitzung im Oktober Frau Dr. Elke Hellmuth eingeladen, um zu erörtern, warum eigentlich die Stadt Suhl im Rahmen des Tourismusbudgets nicht für das Rennsteigticket gewonnen werden konnte.

Der Suhler OB Dr. Jens Triebel hatte sich mehrfach ablehnend dazu geäußert und auch der Finanzausschuss hatte angesichts der Tatsache, dass 37 Cent pro Übernachtung von der gezahlten Kurtaxe an die Öffentlichen Verkehrsunternehmen gehen sollen, kein positives Signal gegeben. Bei 91.000 EURO Ausgaben und einem Rückfluss von ca. 6.000 € pro Jahr war das durchaus verständlich. Nun ist der Zug (besser: der Bus) für Suhl in Sachen Rennsteigticket erst mal abgefahren. Das ist bedauerlich, denn wir wollen unseren Touristen etwas bieten und die Qualität verbessern. „Das war ja vor allem das Ziel der heftig umstrittenen Einführung der Kurtaxe für den staatlich anerkannten Erholungsort Suhl“, so der Fraktionsvorsitzende Philipp Weltzien. Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag unterstützt das Projekt Rennsteigticket und damit strategisch den kostenlosen ÖPNV. Die Landesregierung hat auch Wort gehalten und ein wichtiges Tourismusprojekt ermöglicht. Wir würden das gern ausweiten und sind der Auffassung, dass ein attraktiver Tourismus nur gemeinsam in der Region funktioniert“, sagt Ina Leukefeld. Es brauche konkrete inhaltliche Angebote und nicht allein schöne Flyer. Die Stadträte der LINKEN stellen nun die Frage, ob denn auch Nachverhandlungen möglich sind. Ja, das sei möglich, sagt Frau Dr. Hellmuth, und könnte bis zum nächsten Fahrplanwechsel 2016 erfolgen. Die Linksfraktion will dies jetzt einfordern. „Wir gehen davon aus, dass dabei die Wirtschaftlichkeit verbessert werden muss, keine Erhöhung der Kurtaxe erfolgt, und weitere Linien der Suhler Nahverkehrsgesellschaft einbezogen werden“, sagt der Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses Dr. Reiner Miersch. Dieter Spieker fügt an, dass das Rennsteigticket nur für die Linie K nach Vesser gilt. Wer in Dietzhausen, auf dem Friedberg oder in Suhl-Albrechts übernachtet, soll ebenfalls dieses Angebot nutzen können. Zusammenfassend sagte Frau Dr. Hellmuth, dass es ihr Ziel sei, Oberhof, Suhl und Masserberg auch für das Ticket zu gewinnen. Das war ein interessantes Gespräch und hätte schon viel früher stattfinden sollen.

Im Auftrag der Fraktion: Ina Leukefeld,
stellv.. Fraktionsvorsitzende

Bodo Ramelow – ein offener und kompetenter Ministerpräsident

Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow, der sich zu Beginn der Veranstaltung im Bankettsaal des CCS über das politische Interesse der Suhlerinnen und Suhler erfreut zeigte, eröffnete sein Referat mit der Feststellung, dass er sich nach den Koalitionsverhandlungen das erste Regierungsjahr eigentlich ganz anders vorgestellt hatte, als es tatsächlich verlaufen ist. Drei Thüringer Erstaufnahmestellen sollten im Laufe eines Jahres ca. 8000 Flüchtlinge aufnehmen. Nach einem Jahr gibt es aber elf Erstaufnahmestellen und die 8000 Flüchtlinge kamen nicht im Lauf eines Jahres, sondern Monat für Monat. Die Gestaltung dieser unerwartet drastisch gesteigerten Zuwanderung waren riesige Herausforderungen an die neue Regierung, die in einem heute noch andauernden Lernprozess erfolgreich bewältigt werden müssen. Anschaulich schilderte der Ministerpräsident aus eigenem Erleben die zahlreichen Schwierigkeiten, Mühen und auch die bürokratischen Hindernisse dieser gewaltigen Aufgabe. Was Suhl betrifft, so konnte er immer wieder auf die gute Zusammenarbeit mit Bürgermeister Klaus Lamprecht und Ina Leukefeld verweisen. Heute, so Bodo Ramelow, gibt es in Thüringen als einzigem Bundesland keine Zelte zur Unterbringung der Flüchtlinge mehr. Als die entscheidende Voraussetzung für erfolgreiche Integrationsbemühungen nannte er die vielen freiwilligen Helfer und auch die große Bereitschaft der Wirtschaft zur Bewältigung des Integrationsprozesses hier in Suhl und anderen Thüringer Orten. Ziel der Regierung sei es „Zuwanderung als Prinzip zu gestalten“, so der Ministerpräsident. Von den neu begonnenen Projekten nannte er insbesondere die Talentsuche unter den Flüchtlingen und die Schaffung einer Landesgemeinschaftsunterkunft für Kinder ohne Begleitung.

Im Verlauf des Abends konnte Bodo Ramelow auch auf die erfolgreichen Aktivitäten der Regierung im Kampf gegen die Langzeitarbeitslosigkeit verweisen. Auf die Frage einer Teilnehmerin, weshalb noch immer für Abriss von Wohnhäusern vom Staat Geld gezahlt werde, räumte Bodo Ramelow ein, dass hier eine Umstellung notwendig sei, die aber nur schwer in Gang komme. Als dringend anstehende Aufgaben nannte er vor allem die weitere Internationalisierung der Thüringer Wirtschaft. Bereits heute gehörten in unserem Land ca. 60 Unternehmen zum erweiterten Bereich der sogenannten „Weltmarktführer“. Darüber müsse nicht nur mehr gesprochen werden, sondern in erster Linie gehe es darum, die Entwicklung von Spitzenprodukten auszubauen. Seine nächste Auslandsreise unternehme er nach Russland, um über die Belebung des Exports von landwirtschaftlichen Produkten nach Russland zu verhandeln. Angeregt durch Fragen aus dem Publikum., widmete sich der Ministerpräsident auch der Gebietsreform. Er vertrat den Standpunkt, dass die kreisfreie Stadt Suhl kein Projekt auf Dauer sei. Die Region Suhl, Zella-Mehlis, Oberhof müsse als touristisches Zentrum in einem größeren regionalen Rahmen gestärkt werden. Ramelow sprach sich für die Erhaltung der kulturellen Identität im Rahmen einer Gebietsreform aus, betonte aber, dass kulturelle Räume nicht mit politischen Räumen identisch seien. Gerade in der regionalen Zusammenarbeit (auch im Nahverkehr und in der Energieproduktion) sieht der Ministerpräsident noch große Reserven. Von einem Diskussionsredner wurde das alte Problem der Talsperre Schmalwasser angesprochen, das aber – so Bodo Ramelow - schon deshalb nicht mehr aktuell ist, weil es dazu gar kein Projekt gibt. Sehr aktuell sei aber nach wie vor die Speicherung von Energie mithilfe von Batterien. Dazu sei er auch in ständigem Kontakt mit Wissenschaftlern. Der Ministerpräsident nutzte aber die Gelegenheit, prinzipiell zum Verhältnis der Gesellschaft zur Natur Stellung zu beziehen. Zunächst kritisierte er etwas zugespitzt, dass die Thüringer alles dafür täten, um die Schönheit der Natur ihres Landes geheim zu halten. Andererseits gehe es auch nicht nur um die Erhaltung der Natur, sondern um ihre aktive Gestaltung, z.B. durch die verstärkte Anpflanzung von Laubbäumen, die früher nicht in genügendem Umfang zur Verfügung standen.

Die Veranstaltung war gelungen. Das bestätigte zum Abschluss des Abends auch der Vorsitzende der Koordinierungsgruppe Suhler Verbände und Vereine, Dr. Hans Arway, als Veranstalter.

– KaWa–

Thüringen senkt Mindestwahlalter für Kommunalwahlen

Der Thüringer Landtag hat beschlossen, dass Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre herabzusetzen, erklärt die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Susanne Hennig-Wellsow: „Rot-Rot-Grün macht Ernst mit demokratischer Beteiligung Jugendlicher. Die Gewährung des aktiven Wahlrechts ab 16 Jahren eröffnet ihnen endlich die Möglichkeit, über ihre Belange mitzuentscheiden, und ist auch ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung.“ Zu den 2016 anstehenden Wahlen der ehrenamtlichen Bürgermeister in den Thüringer Gemeinden bestehe nunmehr für 16- und 17-Jährige erstmalig die Möglichkeit, für einen Kandidaten oder eine Kandidatin die Stimme abzugeben.

Nach Angaben der Veranstalter demonstrierten 250.000 Menschen in Berlin, um TTIP und Ceta zu stoppen. Ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen sowie Globalisierungskritikern hatte dazu aufgerufen. Auch Grüne und Linkspartei unterstützen den Protest. In den herrschenden Medien wurde der Protest heruntergespielt und die Verhandlungen gehen weiter. (Foto: Berliner Kurier)

Worum geht es bei TTIP?

Die Proteste gegen das Freihandelsabkommen TTIP und für einen fairen Welthandel machen deutlich, dass viele Menschen spüren, dass etwas nicht stimmt bei den geheimen TTIP- Verhandlungen. Es gibt viele Argumente dafür und dagegen. Da ist es gut zu wissen, was wirklich hinter TTIP steckt. Freihandelsabkommen sind Ausdruck der kapitalistischen Entwicklung, ständig nach neuen Absatzmärkten, nach neuen Verwertungsbedingungen für das Kapital zu suchen. Dabei mischt man sich global ein. Wer Widerstand leistet, wird hinweggefegt, ob mit Freihandelsabkommen, Bestechung, Geheimoperationen, bunten Revolutionen, Wirtschaftssanktionen oder mit Bomben. Das Freihandelsabkommen TTIP hat vor allem zwei grundlegende Stoßrichtungen:

Erstens soll TTIP den beherrschten Markt von rund 800 Millionen Menschen, der rund 60% des Welt-BIP erzeugt, noch effektiver im Interesse der Profitmaximierung gestalten helfen und damit die ökonomische und politische Kraft der noch führenden westlichen Staaten gegen die aufstrebenden BRICS- Staaten bündeln. Es geht also um machtpolitische Interessen. Konflikte zwischen den Großmächten, neue Blockbildungen, neue Krisen und Kriege werden die Folgen sein. Die Ukraine und Syrien geben einen Vorgeschmack auf diese Entwicklung. Auslöser für den Ukrainekonflikt war bekanntlich der Streit um die Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens – dem EU-Assoziierungsabkommen.

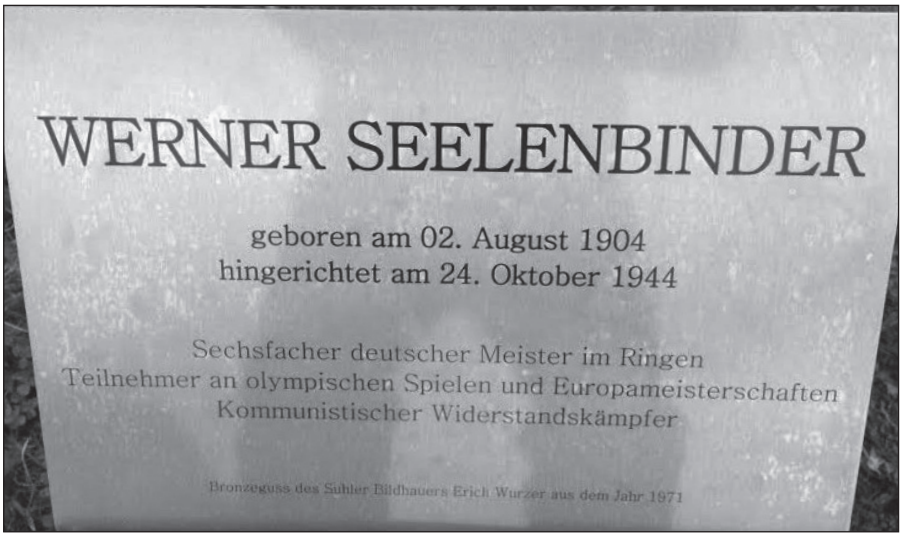
Zweitens geht es bei TTIP nicht mehr nur um die politische und ökonomische Vormachtstellung eines Staates. Insofern wäre es zu kurz gegriffen, davon zu reden, dass die USA die EU in den TTIP-Verhandlungen dominiert. Es geht vor allem um die Durchsetzung weltweit besserer Verwertungsbedingungen für das transnationale Kapital, bei dem in Kauf genommen wird, dass das Volk mit Sozialabbau für die Expansion des anlagesuchenden Kapitals bezahlt. Es profitiert eben nicht mehr nur ein Staat (z.B. USA) auf Kosten von anderen Staaten, sondern es profitiert eine sich herausbildende transnationale kapitalistische Klasse auf Kosten der gesamten Menschheit. Absichern sollen das Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA (Freihandelsabkommen mit Canada). Kernpunkt bildet die Möglichkeit von Klagen von Investoren gegen Staaten. Transnationale Konzerne können demnach Nationalstaaten, in die sie Kapital in Form von ausländischen Direktinvestitionen exportiert haben, auf Geldsummen verklagen, die ihnen als Profite durch demokratische Entscheidungen entgangen sind. Dabei sind nicht nur „Antidiskriminierungsklagen“ gegen Herstellungsmethoden oder Produktstandards denkbar, sondern durchaus auch Forderungen nach entgangenen Profiten etwa durch die Einführung neuer Umweltstandards oder die Erhöhung von Mindestlöhnen sowie die Einschränkung der Zeit- und Leiharbeit. Die Demokratie bleibt auf der Strecke. Noch finden diese Klagen nicht vor öffentlichen Gerichten, sondern vor privaten Schiedsgerichten statt. Die bestehende Praxis zeigt, dass die Konzerne aus den USA, Deutschland und den EU-Staaten sowie Kanada sich nichts nehmen, wenn gegen Staaten gestritten wird: 128 solcher Klagen seitens US-Konzernen stehen 43 deutsche, 52 britische, 67 niederländische und 37 französische gegenüber. Und auch der US-amerikanische Staat ist wiederholt Opfer derartiger Forderungen geworden. So werden heute Staaten zur Kapitalakkumulation genutzt.

Wer TTIP als trojanisches Pferd der USA bezeichnet, sieht also nicht die ganze Wahrheit. Die BRD ist kein Opfer bei den TTIP- Verhandlungen, sondern aktiver Partner. Unter der Ratspräsidentschaft von Merkel wurde 2007 der Transatlantic Economic Council gegründet, der die TTIP-Gespräche einleitete. Und wenn sie sich zu TTIP bekennt und Gabriel davon spricht, die EU sollte die Chance zur Mitgestaltung von TTIP nutzen, dann zeigt das nur wie sich die Regierenden die Anliegen der deutschen Konzerne zu eigen machen. Die Kanzlerin nennt das marktkonforme Demokratie. Sogenannte Marktzwänge bestimmen so die Politik der Regierenden. Rechtsstaatliche Prinzipien und die Demokratie bleiben auf der Strecke.

– Dr. Bernd Schepeler–

Der „nackte Mann“ erhielt einen Namen

Viele Jahre befand sich am Sportplatz in Zella – Mehlis eine Bronzestatue, die mit der Zeit den Namen der „nackte Mann“ erhielt, weil immer weniger Menschen wussten, wen die Statue des Suhler Bildhauers Erich Wurzer eigentlich darstellte. Dieser Zustand war für Elke Pudszuhn, den VdA/BdN und die LINKEN in Zella–Mehlis ein völlig unbefriedigender Zustand. Die Linksfraktion im Stadtrat wurde deshalb aus Anlass eines Gedenkens an den Hinrichtungstag von Werner Seelenbinder am 24. Oktober angeregt, die Gedächtnislücken zu füllen. Nach einem Jahr Auseinandersetzung wurde jetzt neben der Statue eine Tafel aufgestellt. Zu verdanken ist das vor allem, wie Elke Pudszuhn schreibt, der Beharrlichkeit von Roland Hoffmann, der sich gegen den Widerstand aus den Reihen der Freien Wähler und der Fraktion der CDU durchsetzte. Deren Wille, die Worte „kommunistischer Widerstand“ und „hingerichtet“ aus dem Text der Gedenktafel zu verbannen, konnte offensichtlich den Tatsachen der Geschichte nicht standhalten. Doch der Kampf geht weiter: Die Statue des kommunistischen Widerstandskämpfers Werner Seelenbinder muss nun auch ganz offiziell als Denkmal anerkannt werden. Nach einer Information von Elke



Bilanzzeit

Alle Welt zieht zu ultimo Bilanz, wie immer am Jahresende – manche allerdings auch nicht. Bilanzbuchhalter waren seit eh und je dazu angehalten, die Börsen erwarteten die Ergebnisse für neue entsprechende Spekulationen. Politische Institutionen hätten gewiss schon längst einmal gründlicher Bilanz ziehen sollen, dann wären sie sicher eher auf katastrophale Versäumnisse ihrer Politik gestoßen. Und Europa wäre großes Dilemma – vorsichtig ausgedrückt - wie etwa gerade heute vielleicht erspart geblieben.

Aber das Stichwort „Bilanz“ gilt auch für unsere kleine Zeitung an der Jahresschwelle. Bald haben wir 25 Jahre voll und – wir können feststellen: Bei allen Stürmen in diesen Jahren sind die LINKEN ihrer Politik treu geblieben. Blättern wir mal etwas zurück: Im September 1992 sagte Gabi Zimmer bei einer Rede in Suhl – um ganz aktuell zu sein – der Diskriminierung und dem Ausländerhass, aber auch dem Waffenexport in Krisengebiete den Kampf an. Asylpolitik stand schon damals zur Debatte, es war Krieg in Jugoslawien, und der Brandgeruch von Lichtenhagen lag in der Luft. In den 90er-Jahren ging es in der SAZ immer wieder um die Rechtsentwicklung im Lande, um Arbeit und Arbeitsplätze, um bezahlbare Mieten und Rentengerechtigkeit – wie heute. 1993 schrieben wir z.B. über das erste Medienspektakel, sozusagen ein kleines Pressefest, organisiert unter großen Anstrengungen von vielen Mitgliedern, wenn es damals auch noch rund 1100 in Suhl allein waren.

Zur Bilanz der „Suhler Anderen Zeitung“, deren Namensgeber übrigens Bernd Will aus Goldlauter war, gehört auch, dass sie über all die Jahre das Bindeglied zwischen den Mitgliedern, ihren Organisationen, der Fraktion im Stadtrat mit ihren Abgeordneten sein wollte, diese bei Wahlkämpfen, vielen Diskussionen und öffentlichen Veranstaltungen begleitete. Und sie machte auch viele Wähler und Sympathisanten mit der Meinung der Linken bekannt. Wir informierten über und kommentierten regelmäßig die Kommunal- und Weltpolitik. Selbst die 490 000DM-Spende der Deutschen Bank für die CDU wurde „gewürdigt“ wie auch zum Neubau des größten Betriebes in Suhl nach der Wende „gratuliert“, des Arbeitsamtes, mit seinen 16 300 Quadratmetern für nur 35 Millionen. Und das Gebäude erinnert obendrein auch noch an das IKA-EGS-Werk, das mal auf dem Gelände stand, so dass der SAZ-Maiaufruf u.a. mahnte: „Schöner unsere Arbeitsämter, die wichtigsten Begegnungsstätten des ehemals werktätigen Volkes!“ Das und vieles andere “stand“ in der SAZ und könnte heute nach fast 25 Jahren Teil einer Bilanz sein. Was an dieser Stelle auch dieses Jahr freilich nicht vergessen werden soll: Ihnen allen , die das hier lesen, ein schönes Weihnachtsfest auch in komplizierter Zeit und ein gutes neues Jahr. Auf dass wir uns auch 2016 wieder zu gemeinsamer nützlicher politischer Arbeit finden!

Ach, ja – auch solche Fragen stellte und beantwortete sogleich in diesen Jahren die SAZ: Warum darf ein Rechtsanwalt in Deutschland nicht zugleich Staatsanwalt sein? Weil es unmöglich ist, Recht und Staat gleichzeitig zu verteidigen.

– OLD LONG –

Nachruf für Walter Friedrich

Am 12. September 2015 verstarb Prof. Dr. habil. Walter Friedrich. In den Medien unseres Landes wurde weder sein Tod vermeldet noch sein Lebenswerk gewürdigt (auch nicht im „Neuen Deutschland“), obwohl er ein international hochgeachteter Wissenschaftler war und obwohl er einen unschätzbaren Beitrag zur friedlichen Revolution geleistet hat.

Walter Friedrich, der am 5. Oktober 1929 geboren wurde, hatte eine für die erste Generation der DDR typische Biografie: mit 19 war er Neulehrer, studierte dann Pädagogik und Psychologie an der Universität Leipzig, an der er 1962 promovierte und 1965 habilitierte. 1966 wurde er Direktor des neu gegründeten Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) beim Ministerrat der DDR. Diese Funktion übte er bis 1990 aus, als das in Ost und West renommierte Institut trotz heftiger internationaler Proteste „abgewickelt“ wurde.

Das ZIJ entwickelte sich unter Walter Friedrichs Leitung zu einer Forschungsstätte, die trotz aller Zwänge wissenschaftlich begründete Analysen von vielfältigen soziokulturellen Prozessen in der DDR lieferte und, gestützt auf eigene hochentwickelte empirische Forschungen, mutig frühzeitig vor gesellschaftlichen Fehlentwicklungen warnte. Es war systembedingt, dass ein Teil dieser Forschungsergebnisse eines Kollektivs, zu dem Lothar Bisky, Peter Förster, Kurt Starke, Gustav-Wilhelm Bathke, Dieter Wiedemann, Achim Hoffmann u.a. gehörten, von den Politbürokraten ignoriert wurden. Allerdings verstanden es Walter Friedrich und seine Mitarbeiter immer wieder, international beachtete Beiträge zu publizieren. Da diese Publikationen in letzter Konsequenz auf tiefgreifende Reformen in der DDR orientiert hatten, war es nicht überraschend, dass das Institut 1990 geschlossen wurde. Aber Walter Friedrich verzagte nicht, er gründete noch im gleichen Jahr die Forschungsstelle für Sozialanalysen in Leipzig, deren Geschäftsführer er bis 1995 war.

Unvergessen muss Walter Friedrichs Beitrag zum friedlichen Verlauf des 9. Oktober 1989 in Leipzig bleiben. An diesem Tag überreichte Walter Friedrich in Berlin eine selbstverfasste Studie an Egon Krenz. Auf 20 Seiten analysierte er die rasch anwachsende Ablehnung der Politik der SED-Führung im Volk und leitete daraus die Notwendigkeit von grundlegenden Reformen konkret ab. In einer weiteren Denkschrift forderte er die Absetzung Erich Honeckers. Seine Schriftstücke trugen wesentlich dazu bei, dass Krenz zu einer realistischeren Lagebewertung fand. Vor allem aber gab Krenz Walter Friedrich die Versicherung mit auf den Weg nach Leipzig, dass keine Gewalt gegen die Demonstranten angewendet wird, Friedrich überbrachte diese Nachricht dem Kreis um Kurt Masur. Dadurch wurde es möglich, über den Stadtfunk einen Aufruf zu senden, der zur Besonnenheit und zum friedlichen Dialog aufrief. Dass dadurch in Leipzig der Weg zu einer friedlichen Wende begonnen wurde, war auch ein Verdienst Walter Friedrichs. Dafür ist er leider nie durch die Bundesrepublik Deutschland geehrt worden. Wir sollten Walter Friedrich als mutigen demokratischen Sozialisten in Erinnerung behalten.

– Eckhard Griebel –

Kinderbetreuung auf dem Friedberg

Kinder werden spielend erwachsen, überall auf der Welt. Doch wie steht es mit Kindern, die mit ihren Eltern oder mit einem Elternteil auf der Flucht sind, auf beschwerlichen Fußmärschen oder auf einer abenteuerlichen Bootsfahrt über das Mittelmeer? Vom Spielen kann da keine Rede mehr sein. Das Spiel entbehren Kinder aber auch nach Ankunft in einem Aufnahmeheim. Engagierte Frauen und Männer vor allem von der Diakonie in Suhl haben deshalb im Funktionsgebäude auf dem Friedberg ein Spielzimmer für Kinder eingerichtet, das zweimal in der Woche geöffnet hat. Begonnen wird mit einem Treffen bei Tee, Obst und Kuchen. Der große Andrang vor der Öffnung Punkt 15.00 Uhr beweist, wie sehr die engagierten ehrenamtlichen Helfer den Nerv der Kinder und ihrer Mütter und Väter getroffen haben. 12 Helferinnen und Helfer waren am Werk und hatten alle Hände voll zu tun. Das verdient öffentliche Anerkennung.

– KaWa –

Termine Dezember 2015

Mi.	02.12. 19.00 Uhr	Gesprächsforum Alternativ mit kubanischem Flair. Gast Inge Giewald, Cuba Si, Kulturbaustelle
Fr.	04.12. 15.00 Uhr	Jahresmitgliederversammlung der Basisgruppe der VVN/BdA Südthüringen“ Seniorenheim, Rimbachhügel 3
Mi	09.12. 14.00 Uhr	Geburtstagstreffen mit Brigitte und Hella
Do	10.12. 19.00 Uhr	Gespräch mit Henning Scherf: „Wie wir in Würde und einem erfüllten Leben altern möchten“, Stadtbücherei Suhl
Fr	11.12. 09.30 Uhr	Weihnachtliches Erwerbslosenfrühstück, Geschäftsstelle
Fr.	11.12. 17.00 Uhr	Adventsfest der Begegnungen, mit 300 Flüchtlingen, CCS, Atrium
Mi	16.12. 14.00 Uhr	Kinderweihnachtsfeier für Flüchtlingskinder durch die AG Sport und Spiel, Sporthalle auf dem Friedberg
Di	22.12. 11.00 Uhr	Redaktionsschluss der SAZ 01/2016
Do	07.01. ab 11 Uhr	Erscheinen der SAZ 01/2016

Spruch des Monats: *„Mutig sein gilt zwar als positive Eigenschaft, aber nur wenige sind es. Denn Angst ist eine verbreitete Reaktionsweise auf die existenzielle Unsicherheit aller Individuen in der vom Markt regulierten kapitalistischen Gesellschaft.“* (Elmar Altvater)